

Hermann Scheer

Ideologische Wende in der Bundesrepublik?

Zu den Gründen der Resonanz eines neuen Konservativismus

Hermann Scheer, Jahrgang 1944, studierte Politikwissenschaft und Jura in Heidelberg und Berlin. Er ist gegenwärtig wissenschaftlicher Assistent für Politische Wissenschaften an der Universität Stuttgart. Hermann Scheer ist Mitglied des SPD-Parteirats und war von 1974 bis 1976 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten.

*Wende zum Konservativismus: ein Strohfeuer**

„Wie schnell sich heute die Wörter verbrauchen! Als sich im November 1974 eine stattliche Anzahl von Menschen, denen das gemeine Wohl nicht gleichgültig ist, in der Bayerischen Akademie der Schönen Künste zusammenfand, um über Gegenwart und Zukunft nachzudenken, war das für die Veranstaltung gewählte, wahrscheinlich mit einem Fragezeichen versehene Wort ‚Tendenzwende‘ noch ganz frisch, unverbraucht und dementsprechend provozierend und ermunternd. Es hat sich dann schnell selbständig gemacht von jener Veranstaltung, schlampigerweise wurde von fast allen Besprechern -der Tagung das Fragezeichen weggelassen und, positiv oder negativ, durch ein imaginäres Ausrufezeichen ersetzt. In seiner Selbständigkeit ließ es bald den Anlaß vergessen, jene

Tagung in München, und schließlich lief es als Worthure durchs Land, gefällig jedem, der irgend etwas anderes haben wollte und der meinte, dieses andere sei schon in Sicht V

In der Tat: seit einiger Zeit wird allerorten über eine ideologische "Wende vom „Reformkurs" zum „Rechtsruck", von einem „Klimawechsel" geredet und geschrieben. Was anfangs eine Frage oder eine Vermutung war, galt sehr schnell als kaum noch zu erschütternde Feststellung: „Der Zeitgeist weht nicht mehr von links, sondern von rechts. Wer heute in einem politischen Wahlprogramm der Bevölkerung ‚mehr Demokratie' versprechen würde, hätte wenig Aussicht, damit Stimmen zu gewinnen²."

Als deutlichstes Indiz für diese Entwicklung gilt vor allem das wahlpolitische Comeback der CDU/CSU, wie es in den meisten Landtagswahlen der Jahre 1974 bis 1976 demonstriert wurde. Die Entpolitisierung scheint um sich zu greifen. Die Jugend, die seit der Studentenrevolte als *das* progressive Element galt, wird angeblich wieder konservativ. Die sozialliberale Reformära, wie sie 1969 von *Willy Brandt* eingeleitet wurde, gilt als so gut wie beendet. Der bereits 1973 von dem neukonservativen Publizisten *Karl Steinbuch* ausgesprochene Ruf nach einer grundlegenden „Kurskorrektur" hat nicht nur zunehmende Resonanz gefunden, sondern sich anscheinend politisch fast schon durchgesetzt³.

Kurzum: der Feststellung, daß in der Bundesrepublik eine ideologische Wende zum Konservativen eingetreten ist, wird kaum noch widersprochen. Doch so klar und unwidersprochen dies zu sein scheint, so unklar und widersprüchlich sind die Gründe, die dafür angegeben werden. Liegt der Grund in nicht eingehaltenen Versprechen der Reformkoalition, in nicht eingetroffenen Erwartungen und in enttäuschten Hoffnungen? Wenn ja, dann wäre dadurch allein kaum zu erklären, warum die Antwort darauf ausgerechnet in einer Rückkehr zu konservativer Politik liegen soll, von der man sich zuvor abgewandt hatte und die doch offensichtlich die Reformpolitik blockiert.

Liegt der Grund in der einschneidenden Zäsur, wie *Erhard Eppler* meint⁴, die für die entwickelten kapitalistischen Länder mit der schockartig eingetretenen Ölpreiskrise im Herbst 1973 eingeläutet wurde? Wenn ja, so setzte dies eine in der Bevölkerung weitverbreitete Einsicht in politische und ökonomische Zusammenhänge voraus, die jedoch kaum feststellbar sein dürfte.

Liegt der Grund in der aktuellen ökonomischen Krise, in Arbeitslosigkeit und Inflation, die der sozialliberalen Koalition als Mißerfolg angekreidet werden? Wenn ja, dann wäre die ideologische Wende vielleicht nur ein bald wieder

1 Ernst Klee in: Tendenzwende? Zur geistigen Situation in der Bundesrepublik, Stuttgart 1975, Seite 5.

2 Greiffenhagen, M.: Freiheit gegen Gleichheit? Zur „Tendenzwende" in der Bundesrepublik, Hamburg 1975, Seite 7.

3 Vgl. Steinbuch, K.: Kurskorrektur, Stuttgart 1973.

4 Vgl. Eppler, E.: Ende oder Wende? Von der Machbarkeit des Notwendigen, Stuttgart 1975, Seite 9 ff.

erlöschendes Strohfeuer, sobald der wirtschaftliche Aufschwung wieder eingetreten ist, und es bestünde vielleicht bald gar kein Anlaß mehr, sich tiefeschürfende Gedanken zu machen.

Schon bei Abwägung der möglichen Gründe für eine ideologische Wende zeigt sich, daß die Beschränkung auf ein Beobachtungsmerkmal nicht ausreicht, um den gegenwärtigen ideologischen Zustand der Bundesrepublik zu beleuchten.

Wir müßten über eine umfassende soziologische Zustandsbeschreibung unserer Gesellschaft verfügen, wenn wir Art, Ausmaß und Wirkung bestimmter ideologischer Einflüsse zufriedenstellend analysieren wollen. Eine solche liegt jedoch weder vor noch ist sie an dieser Stelle zu leisten. Deshalb wird hier ein anderer Weg vorgeschlagen: Es soll versucht werden, diejenigen sozialen Voraussetzungen und Elemente zusammenzutragen und zu charakterisieren, die zu einer konservativen Umkehr der Bundesrepublik beitragen oder beitragen sollen. Dabei werden wir sehen, daß zu dem heutigen konservativen Arsenal nicht nur traditionelle ideologische Kampfmethoden zählen, sondern auch eine nicht zu unterschätzende Reihe „moderner“ Ansätze, die zusammen erst das neukonservative Phänomen erklären helfen. Eine Bewertung dieser Faktoren soll sodann aufzeigen, wie dieser neukonservativen Ideologie entgegengetreten werden könnte.

1. Soziale Voraussetzungen für ideologische Neuformierungen

Revolution der sinkenden Hoffnungen?

Noch bis in die frühen siebziger Jahre war der Zukunftsoptimismus vorherrschendes Element. So zeigte noch der erste Entwurf des SPD-Orientierungsrahmens⁵, der 1973 vom SPD-Parteitag in Hannover als unzureichend verworfen wurde, einen ungebrochenen Wachstums- und damit zusammenhängenden Fortschrittsglauben. Dies ist in einer Reihe zu sehen mit der Zukunftsliteratur der fünfziger und sechziger Jahre, die kaum irgendwelche Zweifel aufwarf über die Ziele und Möglichkeiten der ökonomischen und technischen Entwicklung. Alle Probleme galten prinzipiell als bewältigbar⁶. Noch heute können wir davon ausgehen, daß Ansatz und Perspektive der sozialliberalen Regierungspolitik, aber auch die Vorstellungen der Opposition unverändert auf solchen Voraussetzungen aufbauen. Die Beschränkung der Wirtschaftspolitik auf den konjunkturpolitischen Aspekt, das Ignorieren der Notwendigkeit eines neuen strukturpolitischen Instrumentariums, die Koppelung von Reformpolitik an steigende Staatsfinanzen und — damit zusammenhängend — die Vorstellung von Reformpolitik lediglich als „Ausbau, nicht Umbau“⁷ der bestehenden Strukturen zeigen, das in aller Deutlichkeit.

⁵ Vgl. Langzeitprogramm 1, Bonn 1972.

⁶ Vgl. z.B. Koeck, W.: Keine Angst vor morgen, Düsseldorf 1972.

⁷ Narr, W.-D. / Scheer, H. / Spöri, D.: SPD — Staatspartei oder Reformpartei? München 1976, Seite 41.

Dem stehen jedoch inzwischen skeptische bis zutiefst pessimistische Zukunftsprognosen gegenüber, die zumindest bei einem Teil der vor allem meinungsbildenden Öffentlichkeit und Bevölkerung ihre Wirkung nicht verfehlen. Der von *Toffler* beschriebene „Zukunftsschock“⁸, die spektakulären Publikationen des *Club of Rome*⁹, die nicht zuletzt darauf aufbauenden Warnungen Erhard Eppers u. a. m. sind nur ein Ausschnitt dieser Diskussion. Sie zeigt eine kaum noch zu bewältigende Komplexität der ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme, denen gegenüber die herrschenden politischen Strategien und Verhaltensweisen diffus, irrational, unberechenbar, ja ausweglos erscheinen.

Das politische Ergebnis davon ist, daß mit wahrscheinlich immer größer werdender Breitenwirkung die jahrzehntelang eingeübte „Revolution der steigenden Erwartungen“ in eine „Revolution der sinkenden Hoffnungen“ umzuschlagen droht. Der Verlust an längerfristiger gesellschaftspolitischer Perspektive ruft dann sehr schnell die Resonanz allein noch überschaubarer individueller Perspektiven und Hoffnungen hervor. „Konservatismus heißt dann: Bürger, bewaffnet euch, eure Mitbürger kommen“¹⁰.

Je mehr die Möglichkeiten abnehmen bzw. je schwieriger es wird, eine demokratische und soziale Reformperspektive aufzuzeigen, desto mehr können die politischen Ideologien wieder Platz greifen, welche die Gesellschaftsmitglieder auf allein private Ziele verweisen oder diese gar zum Programm erheben. Auch wenn die Ungewisse Zukunftsperspektive von den tragenden konservativen Kräften nicht gezielt für ihre Zwecke ausgenutzt würde, so kommt ihnen doch diese Entwicklung zumindest entgegen.

Letzteres ist um so mehr der Fall, als die hier angesprochenen gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten mittlerweile zu einer Diskussion geführt haben, nach der man einer weiteren Demokratisierungsperspektive, die eng mit der sozial-liberalen Reformpolitik zusammenhängt, kaum noch realistische Zukunftschancen geben kann. Beispielhaft für diese Diskussion stehen Autoren von *Knut Borchardt*, der zusammen mit neuen Formen rigoroser gesellschaftlicher Hierarchisierung politische Lösungsmöglichkeiten sieht, bis zu *Wolfgang Harich*, der allein in einer stalinistisch durchdisziplinierten kommunistischen Mängel- und Bedarfsverwaltungsgesellschaft einen Ausweg sieht¹¹.

Wir können heute zumindest eine deutliche Diskrepanz zwischen Demokratisierungsvorstellungen und tatsächlichen -möglichkeiten feststellen. Ein Teil dieser Diskrepanz ist sicher auch hervorgerufen worden durch großenteils

8 Toffler, A.: Der Zukunftsschock, München 1970.

9 Vergleiche Meadows, D.: Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972; Mesarovic, M. / Pestel, E.: Menschheit am Wendepunkt, Stuttgart 1974.

10 Steffen, J.: Strukturelle Revolution, Hamburg 1975, Seite 37 f.

11 Borchardt, K.: Dreht sich die Geschichte um? Ebenhausen 1974; Harich, W.: Kommunismus ohne Wachstum? Reinbek 1975; dagegen Strasser, J.: Grenzen des Wachstums — Grenzen der Freiheit? In: Duve, F. (Hrsg.): Technologie und Politik, Nr. 3, Seite 5 ff., Reinbek 1975.

unausgereifte Demokratisierungskonzepte, die in der Diskussion um direkte Formen der Demokratie entstanden¹². Bei vielen Verfechtern des Demokratisierungsgedankens schlugen enthusiastische Erwartungen in Resignation und politische Apathie um.

Zusammenfassend: Für viele ist die Konzeptionslosigkeit der bisherigen Reformpolitik evident, wirkt die Beschränktheit der Reformalternativen desillusionierend, ist die soziale und demokratische Zukunft der Gesellschaft ungewiß. In dem Maße, wie das reformpolitische Potential demotiviert und geschwächt wurde, stiegen die Aussichten für neue konservative Konzepte zwangsläufig.

Apparate gegen Individuen

Es ist zwar keineswegs eine neue und originelle Erkenntnis, daß eine seit Jahrzehnten fortschreitende Heranbildung hochkonzentrierter und immer größer dimensionierter Unternehmenseinheiten und dementsprechend auch der öffentlichen Verwaltungseinheiten zum Wesensmerkmal unserer Gesellschaftsformation gehört, einschließlich der Apparatebildung und Bürokratisierung, gegenüber der sich der einzelne einflußlos und ausgeliefert fühlt. Parallel dazu verlief auch die Entstehung großräumiger Verbände, Parteien und Gewerkschaften einschließlich der Apparatebildung, die Errichtung mehr oder weniger miteinander verflochtener Einflußkartelle. Es fehlte nie an politischen Versuchen aller politischen Richtungen, dagegen aus unterschiedlichen Motiven vorzugehen bzw. sich antibürokratische Vorbehalte und Ideen zunutze zu machen. So war es immer ein klassisches liberales bis konservatives Kampfmittel gegenüber Gewerkschaften und gegenüber Sozialdemokratie, vor einer zentral verwalteten Wirtschaft, vor ihren angeblich totalitären Staatsvorstellungen, vor einem „Funktionärs-“ bzw. einem „Gewerkschaftsstaat“ zu warnen¹³.

Doch richteten sich die immer vorhandenen Mobilisierungsmöglichkeiten gegen gesellschaftliche Machtkartelle ab der Mitte der sechziger Jahre auch gegen die CDU/CSU. Nachdem diese sich nahezu vollständig mit dem Staat der Bundesrepublik identifiziert hatte¹⁴, wurde sie zu Zeiten der Studentenrevolte selbst zum Objekt antitotalistischer, antiautoritärer, antibürokratischer, antitotalitärer Einstellungen. Wesentliches inhaltliches Merkmal der Studentenrevolte war ein radikalbürgerliches Emanzipationsprogramm.

„Adorno und Horkheimer sprechen von der verwalteten Welt, vom verwalteten Individuum, und äußern die Befürchtung, die Gesellschaft werde zunehmend zum Objekt totaler Verwaltung. Ähnliches sagt Marcuse im ‚eindimensionalen Menschen‘ . . . Horkheimer sprach davon, daß je mehr die Gesellschaft unter die Verwaltung einheitlich

12 Fijalkowski, J.: Bemerkungen zu Sinn und Grenzen der Rätediskussion. In: Greiffenhagen, M. (Hrsg.): Demokratisierung in Staat und Gesellschaft, München 1973, Seite 124 ff.

13 Mosdorf, S.: Gewerkschaftsstaat oder Klassenstaat? Der Neokonservatismus und sein Popanz vom Gewerkschaftsstaat. In: Greiffenhagen, M. / Scheer, H.: Die Gegenreform, Reinbek 1975, Seite 142 ff.

14 Schäfer, G. / Nedelmanri, C.: Der CDU-Staat, München 1967.

organisierter Gruppen gerate, um so weniger dürften wir sie eine Gesellschaft der Freiheit nennen ... sie werde dem autonomen Subjekt keine wahren Möglichkeiten mehr geben¹⁵."

Es ging der antiautoritären Studentenrevolte um den Versuch einer „Neubestimmung des subjektiven Faktors“, wobei „die Spontaneität und das unverbrüchliche Beharren auf der Selbstmächtigkeit des konkreten Individuums“ vorherrschten¹⁶.

Es ist bekannt, daß von der Studentenrevolte wichtige direkte und indirekte Anstöße für die Demokratisierungstheorie und -praxis ausgegangen sind und daß sie indirekt auch zu den Wegbereitern eines Reformbewußtseins in der Bundesrepublik zählt. So hat das Auftreten neuer Partizipationsformen, wie beispielsweise die Entstehung von Bürgerinitiativen gegen Verwaltungen, von daher seine Anregungen erfahren.

Es bedurfte lediglich eines gewissen zeitlichen Abstandes der CDU/CSU von ihrer eigenen Regierungszeit, um diesen allgemein gewordenen Resonanzboden für eine neugewonnene „Subjektivität“ auszunutzen und in eine neukonservative Richtung drehen zu wollen. *Biedenkopf* hat diese naheliegende Möglichkeit als erster erkannt und auf dieser Basis eine Offensive klassischer liberaler, konservativer, privater Ideologie eröffnet.

„Die Lösung der Machtfrage in der Gesellschaft, das Problem der Verteilung, der Zuordnung, der Beschränkung, der Beherrschung gesellschaftlicher Macht, muß in erster Linie durch den sachgerechten Einsatz eines allgemeinwohlverpflichteten Privatrechts geleistet werden . . . Die stetige Verdrängung des Privatrechts aus allen Lebensbereichen unter dem Vorwand, der Demokratisierung' und mit der Behauptung, soziale Gerechtigkeit lasse sich nur verwirklichen, wenn der Staat selbst die inhaltliche Ordnung der betroffenen Lebenssachverhalte übernimmt, ist eine neue und wirksame Form der Verstaatlichung dieser Lebenssachverhalte 17.“

Die Privatisierung gesellschaftlicher Sachverhalte wird als die eigentlich moderne, freiheitliche Alternative hingestellt. In der Analyse ähnlich kritisch gegenüber der „verwalteten Welt“ wie die Protestbewegung und ihre Ausläufer, in der Alternative klassisch liberalkapitalistisch, in der Stoßrichtung gegen den sozialdemokratisch regierten und für Individuumfeindliche Entwicklungen verantwortlich gemachten Staat — das ist der Humus der neukonservativen ideologischen Wende.

Das politische Ergebnis davon ist der Versuch, die Gegenreform in der Bundesrepublik mit modern aufgemachten Argumenten zu begründen. Dies schlägt sich vor allem nieder in einer in der Geschichte der Bundesrepublik nur noch mit

15 Leuenberger, Th.: Bürokratisierung und Modernisierung der Gesellschaft, Bern und Stuttgart 1975, Seite 7.

16 Guggenberger, B.: Die Neubestimmung des subjektiven Faktors im Neomarxismus, Freiburg 1973, Seite 362.

17 Biedenkopf, K. H.: Fortschritt in Freiheit, München 1975, Seite 161 f.

den fünfziger Jahren vergleichbaren „geistigen“ Vormachtstellung neoliberaler Wirtschaftsordnungsvorstellungen und in einer gesellschaftspolitischen Offensive für eine nahezu umfassend angelegte Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen¹⁸. Die Formel von der unauflösbaren Einheit von Freiheit und Privatwirtschaft hat anscheinend neue Begründungen gefunden.

Ein zweites Ergebnis zeigt sich in den Versuchen, den einzelnen Arbeitnehmer gegen die Gewerkschaften auszuspielen: „Aus der Notwendigkeit der Vereinfachung und Dezentralisierung gesellschaftlicher Strukturen folgt, daß die Mitbestimmung am Arbeitsplatz gegenüber der institutionellen Mitbestimmung nicht nur unter dem Gesichtspunkt unmittelbarer statt vermittelter Mitwirkung, sondern auch unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher Strukturerefordernisse den Vorzug verdient¹⁹.“

Dem Einzelnen gilt alles; gemeinschaftliche, kollektive Lösungen gelten im Prinzip als unangebracht und verwerflich. Damit wird ein zentraler Nerv gewerkschaftlichen Selbstverständnisses zu treffen versucht. Gewerkschaftliche Solidaritätsvorstellungen gehen von der gemeinschaftlichen und miteinander solidarischen Überwindung von Unterprivilegierung aus. Dazu Biedenkopf: „Unsere Solidarität geht davon aus, daß es immer nur eine auf den einzelnen, auf dessen Handeln und dessen Gewissen bezogene Verantwortlichkeit geben kann. Die Masse als Rechtsträger und verantwortliches Subjekt ist in unserer Verfassungsordnung nicht vorgesehen. Es gibt nun einmal kein Jüngstes Gericht für das Kollektiv²⁰.“ Damit wird eine theoretische Begründung für individuelle Vermögensbildung wie für Mitbestimmungskonzepte unter Ausschaltung von Gewerkschaften geliefert: als „freiheitliche Alternative“ zum Sozialismus. Gesellschaftspolitische Vorstellungen werden lediglich als eine Addition von Einzelvorstellungen gesehen, das Privatrecht obsiegt gegenüber öffentlichem Recht. Solche Vorstellungen können in einer Gesellschaft auf breite Resonanz hoffen, in der es in nahezu allen Institutionen darum geht, einen motivationalen Darwinismus zu erzeugen, „das individuelle Interesse anzuspornen, aber nicht, um das Individuum anzuspornen, sondern um die individualisierten Interessen optimal benutzen zu können, um ein einseitiges Interesse, einen Interessenmonismus zu züchten, nämlich die Ausrichtung auf Geld und Position²¹“.

Neue Fragen und neue Klassen?

Seit Beginn der Industrialisierung hat eine ständige Umstrukturierung der sozialen Klassen stattgefunden. Der Anteil der „traditionellen“ Arbeiter in der

18 Vgl. die Kritik von Scheer, H.: Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen? In: „Die Neue Gesellschaft“, Nr. 2/1976, Seite 151 ff.

19 Biedenkopf, a.a.O., Seite 177.

20 Ebenda, Seite 143.

21 Narr . Scheer / Spöri, a.a.O., Seite 166 f.

industriellen Produktion sank, der der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich wuchs darüber hinaus²². Die automatisierte industrielle Wertschöpfung machte einen tertiären Sektor nicht nur notwendig, sondern auch erst finanzierbar. In diesem wiederum vollzog sich eine Schwerpunktbildung zu Berufen- im Bereich der Wissenschaft, Forschung, des Schulwesens, zum kulturellen, zum Gesundheits- und Sozialpflegebereich, der schließlich auch als „Quartärsektor“ in der soziologischen Literatur besondere Aufmerksamkeit erhielt²³.

Das Gros der Arbeitnehmer in diesem Sektor besteht aus akademisch Ausgebildeten, die in der Regel bei den oberen Einkommensgruppen zu finden und zumeist im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Eine besondere politische Note erhielt diese Entwicklung vor allem durch eine ebenfalls durch die Studentenrevolte bewirkte politische Orientierung eines großen Teiles dieser Berufsgruppen in tendenziell linke politische Richtungen wie auch in einer überproportionalen politischen Aktivierung dieser Gruppen in (partei)politischen Organisationen. Letzteres ist insbesondere von *Helmut Schelsky* als Aufhänger genommen worden, um eine Frontbildung gegen die „Reflexionselite“, die neue Klasse der „Heilslehrer“ und „Sinnproduzenten“ zu betreiben, welche die „Arbeit von anderen tun lassen“²⁴.

Dabei werden vorhandene Ausbildungs- und Einkommensunterschiede ausgenutzt, um Arbeitnehmer gegen privilegierte Arbeitnehmer aufzuhetzen. Das politische Motiv dieses Versuchs ist ganz offensichtlich die politische Isolierung, Einschüchterung und Disziplinierung der Inhaber von Schlüsselberufen vor allem im Ausbildungs- und Kommunikationsbereich. Ein zweites Motiv liegt darin, Sozialdemokratie, aber auch Teile der Gewerkschaften als von den „Heilslehrern“ bereits beherrscht hinzustellen. Dies dient dann als Beleg dafür, daß diese Organisationen keine Arbeitnehmerinteressen mehr vertreten, diese damit gar vertreten hätten²⁵.

Das politische Ergebnis soll eine Aufspaltung der Arbeitnehmer sein und gleichzeitig notorisches Mißtrauen bei Arbeitnehmern gegen die SPD und gegen die Gewerkschaften schaffen. Neu dabei sind nicht solche Versuche selbst, sondern die Methoden und Begründungszusammenhänge, die sich in Grundzügen auch auf neuere soziologische Erkenntnisse zu stützen versuchen, was beispielsweise mit der von Biedenkopf propagierten „Neuen Sozialen Frage“, als Kernstück der Mannheimer Erklärung der CDU versucht wurde²⁶. Hier ging es der CDU um den Nachweis, daß es deklassierte Bevölkerungsgruppen gibt (alte Menschen, Behin-

22 Fourastie, J.: La grande metamorphose du XXe siècle, Paris 1962:

23 Vgl. Richta-Report: Politische Ökonomie im 20. Jahrhundert, Berlin 1971, Seite 143 f.

24 Schelsky, H.: Die Arbeit tun die anderen, Opladen 1975.

25 So die Argumentationslinie im CDU-Rednerdienst bei der Landtagswahl 1976 in Baden-Württemberg.

26 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Unsere Politik für Deutschland — Mannheimer Erklärung —, Bonn, November 1975.

derte u. a. m.), die aus eigener Kraft ihre Interessen nicht durchsetzen können und die beim organisierten Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital vergessen würden. Die „eigentliche“ soziale Interessenvertretung wollte die CDU damit für sich beanspruchen, um wiederum den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie einen empfindlichen Legitimationsverlust zufügen zu können, wobei zugleich beider Existenzberechtigung damit in Frage gestellt werden sollte; die wirkliche Entwicklung sei nämlich an ihnen vorbeigelaufen.

„Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts ist in allen westlichen Ländern dem Prinzip und — jedenfalls in der Bundesrepublik — auch der Sache nach gelöst. Die Institutionen zur Gewährung von sozialer Sicherheit und Freiheit vor Not sind nahezu perfekt. Verteilungsgerechtigkeiten im Bereich der Einkommen sind auf ein Minimum reduziert. . . Der Versuch, den Sozialismus auf diese Weise als Bewegung aufrechtzuerhalten, ist jedoch zutiefst ungeschichtlich²⁷.“

Mit der „Neuen Sozialen Frage“ hat die CDU ganz offensichtlich das Disparitäten-Theorem von *Claus Offe* übernommen, dessen Problematik bereits in dieser Zeitschrift erörtert wurde²⁸. Doch ist das Aufgreifen dieser Frage für Konservative ambivalent, weil die „Neue Soziale Frage“ nur mit einem Ausbau des Sozialstaats zu bewältigen wäre, was der sonstigen Linie jedoch nicht entspricht. Überdies eignet sich gerade diese Frage kaum als ideologisches Vehikel, weil die sozialliberale Koalition gerade gegenüber nichtorganisierten Gruppen mit einem umfassenden- Leistungskatalog aufwarten kann²⁹.

2. Aktuelle Gelegenheiten für eine ideologische Wende

Eine Zusammenfassung der bisherigen Ausführungen zeigt:

a) daß die mit „Revolution der sinkenden Hoffnungen“ verbundenen Auswirkungen eine konservative ideologische Wende vor allem wohl indirekt begünstigen, indem sie die Schwierigkeiten einer sozialen Reformpolitik erhöhen und ihre Vertrauensbasis schwächen;

b) die Mobilisierung der Individuen gegen Apparate und gegen Bürokratisierung dagegen ist keine allein von Konservativen betriebene Politik; neu ist nur ihre privatideologische Begründung. Ebenfalls nicht neu, ihrem Umfang und ihrer zunächst noch verbalen Radikalität nach gewichtiger sind die Privatisierungsforderungen öffentlicher Dienstleistungen und Unternehmen³⁰. Sie deuten auf Ambitionen hin, einen „reinen“, „ungemischten“ Kapitalismus US-amerikanischen Vorbildes in der Bundesrepublik einzuführen;

27 Biedenkopf, a.a.O., Seite 104 f.

28 Himmelmann, G.: Zur Problematik der Neuen Sozialen Frage, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte“ 2/76, Seite 65 ff.

29 Sperling, D.: Biedenkopf und die Besitzstände der CDU, in: „Die Neue Gesellschaft“, Nr. 11/1975, Seite 956 ff.

30 Bund der Steuerzahler (Hrsg.): Entstaatlichung, Bonn 1975.

c) die „Neue Soziale Frage“ hat ihre beabsichtigte Wirkung bisher eher verfehlt. Sie hat jedoch vor allem ihre Bedeutung darin, Sozialdemokraten und Gewerkschaften die Daseinsberechtigung bestreiten zu wollen, was ihre klassischen sozialreformerischen Positionen betrifft;

d) die Agitation gegen die von „Politologen, Soziologen und anderen Ideologen“³¹ unterwanderte SPD dagegen zeigt ihre (allerdings nicht näher nachweisbare) Wirkung.

Zu den genannten Elementen neukonservativer Ideologie gehört eine Reihe zusätzlicher Elemente aus dem traditionellen Arsenal konservativer deutscher Politik, die vor allem mit den Namen *Strauß*, *Filbinger* und *Dregger* verbunden sind: ein kreuzritterartiger Feldzug gegen die SPD, die Rückkehr zu obrigkeitstaatsähnlichen Bildungsvorstellungen, die ungebrochenen nationalistischen Anklänge. Doch handelt es sich hierbei nicht um neue ideologische Elemente, sondern eher um eine kontinuierliche Fortführung jahrzehntalter CDU-Methoden.

Wenn von einer ideologischen Neuformation konservativer politischer Richtungen und Denkformen gesprochen werden kann, dann liegt dies eher an den zuvor genannten ideologischen Elementen. Von neukonservativer Seite aus handelt es sich dabei um zwei wesentliche Punkte:

1. Um das Einstellen auf relevante gesellschaftliche Gegenwarterscheinungen, die seit und mit der Studentenrevolte in den Vordergrund traten. Aktuelle und moderne Themen wurden aufgegriffen, wobei versucht wurde, sie zu neukonservativen Varianten umzupolen. Sie haben die „Monopolstellung“ reformerischer Positionen beim Führen der Zukunftsdiskussion anbrechen können. Daß dies gelang, hat neben der geschickten Verknüpfung aktueller Fragestellungen mit konservativen Grundpositionen seinen Grund im systematisch vorgenommenen Versuch, im Kampf um politische Begriffe themenbestimmend zu werden³². Dies setzte seitens der konservativen Parteien und Verbände eine ideologische Daueroffensive voraus, was nur mit einer ganz erheblichen Verbesserung ihrer Organisationskraft durchzuführen war. Dies brachte die erforderliche Kommunikationsmacht zustande, mit der neue ideologische Schneisen geschlagen werden konnten.

2. Die neukonservative ideologische Wende in der Bundesrepublik konnte trotzdem wohl nur entstehen, weil die regierungspolitische Konstellation dies erheblich erleichterte, ökonomische und unverhoffte Struktureinbrüche haben dazu ebenso beigetragen wie reformpolitische Konzeptionsmängel und strategische Mißgriffe. Die sozialliberale Reformpolitik hat auf einen weiteren, sozial gerichteten Ausbau der gesellschaftlichen Strukturen der Bundesrepublik gesetzt. Doch heute steht deren Ausbau schon gar nicht mehr zur Debatte. Statt dessen ist

31 So der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger (CDU) mehrmals im Landtagswahlkampf 1976.

32 Fetscher, I. / Richter, H. E.: "Worte machen keine Politik, Reinbek 1976.

bereits die Trag- und Leistungsfähigkeit dieser Strukturen allein für die Aufrechterhaltung des Status quo sehr in Frage gestellt. Insofern ist eine neukonservative ideologische Wende eindeutig durch den Umstand begünstigt, daß die Konservativen in den letzten Jahren keine Bundesregierungsverantwortung tragen konnten. Aus der Regierungsverantwortung heraus hätten die neuen Reizthemen kaum besetzt werden können.

Jedoch ist die neukonservative Formierung durch die sozialliberale Regierungspolitik geradezu indirekt gefördert worden.

So ist kaum ein Bollwerk gegen die neuen ideologischen Strömungen zu errichten, wenn die Vorstellungen führender FDP-Politiker den genannten Privatisierungsvorstellungen nahezu deckungsgleich entsprechen³³. Der Ruf nach einer Privatisierung öffentlicher Dienste wird unüberhörbar, wenn die Diskussion über strukturelle Fehlentwicklungen im privaten Unternehmensbereich tabu bleibt und dieser damit die Aura des ökonomisch Unfehlbaren und garantiert Freiheitlichen erhält.

Die Strategie der Isolierung und Diskriminierung der unbequemen Inhaber akademischer Berufspositionen mußte zwangsläufig Erfolge verbuchen, nachdem sich auch die SPD und die FDP auf den Radikalenerlaß einließen und damit einer konservativen Entwicklung den Weg ebneten. In Zeiten sinkender Staatseinnahmen müssen darüber hinaus konservative Argumente gegen den „parasitären“ öffentlichen Dienst dann zwangsläufig Resonanz finden, wenn die sozialliberale Koalition einer Reform des öffentlichen Dienstes ausweicht. Dann setzen sich Konservative an die Spitze einer populären Kritik, und der sozialliberalen Koalition verbleibt allenfalls noch die Position des Nachbetens oder die der strukturkonservativen Problemverleugnung. Wenn der Sozialstaat von Konservativen zur Disposition gestellt wird, dann bleibt ebenfalls nur die Defensivposition, wenn nicht umgekehrt die privilegierten Besitzstände in Frage gestellt werden. Auch dann ist ein öffentliches Bewußtsein unvermeidbar, das bei staatlichen Sparmaßnahmen immer zunächst an den Sozialetat denkt.

Mit diesen Schlußbemerkungen ist gleichzeitig der Weg angedeutet, auf dem die neukonservative ideologische Wende ihrerseits wieder abgewendet werden könnte.

33 Lambsdorff, Otto Graf: Stoppt endlich den Staat, in: „Wirtschaftswoche“, 1. 8. 1975, S. 12 ff.